

Gewerkschaftliche Monatshefte 4'90

Zu diesem Heft

Autoritäre, diktatorische Regime und freie, unabhängige Gewerkschaften passen nicht zusammen - das ist eine alte Einsicht, die sich durch zahllose Beispiele belegen läßt. Nun wird sie ein weiteres Mal in den osteuropäischen Ländern des bis vor kurzem „real existierenden Sozialismus“ bestätigt. Kein verantwortlicher bundesdeutscher Gewerkschafter konnte über diese Zusammenhänge jemals ernsthaft im unklaren sein - auch wenn Gewerkschaftsformationen in totalitären Regimen strukturelle Verlockungen aufweisen mögen, die traditionellen gewerkschaftspolitischen und -organisatorischen Vorstellungen zu entsprechen scheinen: Der- mittels Zwang oder zwangsähnlichen Automatismen - erzielte hohe Organisationsgrad (oder sogar die Zwangsmitgliedschaft) vermittelt den Eindruck von weitreichender Solidarität - Grundvoraussetzung für gewerkschaftliche Interessenvertretung. Auch die - gerade im Falle der DDR - hervorgehobene gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften und ihre (halb-)staatliche Funktion ist traditionellem gewerkschaftlichen Gedankengut in Deutschland keineswegs fremd. Wenn Hans Mommsen davon spricht, daß man hierzulande „die Rolle der Staatsgewerkschaft als geheimes Selbstideal nicht abstreifen“ könne, klingt das zwar polemisch zugespitzt, trifft aber nichtsdestoweniger einen empfindlichen Punkt. Es handelt

sich hierbei nicht um eine Problematik, zu deren Erklärung das bewährte ideologische Rechts-Links-Schema ausreichen würde. Überlegungen zur Zwangsmitgliedschaft und zur Übernahme quasi-staatlicher Funktionen durch die Gewerkschaften haben in Deutschland durchaus bei verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen Tradition. Dennoch bleibt die besondere Affinität einer bestimmten Gruppierung der gewerkschaftlichen Linken in der Bundesrepublik zum Gesellschafts- und Gewerkschaftssystem der DDR unverkennbar - mit ihr setzt sich Norbert Römer in seinem pointierten Diskussionsbeitrag zu den Aufsätzen von Dieter Wunder und Karlheinz Blessing in dieser Zeitschrift auseinander. Daß er seine Argumentation am Beispiel einiger prominenter Gewerkschafter ausrichtet, ist sicher für diese Zeitschrift ungewöhnlich, allerdings scheint uns die gründliche und auch schonungslose Auseinandersetzung in dieser Sache insbesondere für Selbstverständnis und Politikfähigkeit der Gewerkschaften im Prozeß der Einigung unerläßlich. So sympathisch Selbstkritik sein mag, sie ersetzt nicht die Analyse von Fehlverhalten. Bei aller Unvergleichbarkeit der historischen Situationen: Wenn es der größte gesellschaftspolitische wie moralische Mangel nach 1945 war, daß die zwölf Jahre des Nationalsozialismus nicht wirklich „aufgearbeitet“, „bewältigt“ worden sind, daß gesellschaftliche Zusammenhänge und persönliche Einbindungen verdrängt wurden, ja daß sogar alte Strukturen weiterexistierten, dann sollten ähnliche Fehler nach dem 9. November 1989 in Deutschland vermieden werden. Die unheilige Allianz aus ehemaliger SED und Teilen der bundesdeutschen Konservativen, die über das Stasi-Regiment und dessen Akteure offenbar den Mantel des gnädigen Schweigens und Vergessens decken will, trägt auf diese Weise nicht zu einer stabilen Ausgangsbasis für eine geeinte deutsche Republik bei.

Die Gewerkschaften können und sollten nicht jedes Mitglied auf seine politische, weltanschauliche, religiöse Vergangenheit und Überzeugung prüfen (das ist übrigens nach 1945 auch nicht geschehen), aber Führungspersonal und Funktionärsmannschaft sollten aus in der Wolle gefärbten Demokraten rekrutiert werden. Nur dann dürfte die Einheitsgewerkschaft jene Ausstrahlungskraft und Überzeugung in der DDR gewinnen, die sie nach 1945 in den Westzonen und der Bundesrepublik so stark und erfolgreich gemacht haben und die sie so notwendig brauchen, wenn die Gewerkschaften im Demokratisierungsprozeß eine führende Rolle spielen wollen. Spätestens der internationale Vergleich zeigt, daß die einheitsgewerkschaftliche Organisationsform - bei allen Mängeln im einzelnen - das anderen Modellen bei weitem überlegene Konzept darstellt, das den Arbeitnehmern die beste Interessenvertretung und eine angemessene Rolle in Staat und Gesellschaft garantiert. Es mag politische Verlockungen geben, dieses Konzept im Rahmen eines unübersichtlichen Einigungsprozesses etwa zugunsten von Richtungsgewerkschaften oder Standesverbänden zu verlassen. Dem sollten alle politischen Richtungen innerhalb der Einheitsgewerkschaft nicht nur widerstehen sondern aktiv entgegenwirken, damit die Arbeitnehmer in Deutschland auch in Zukunft starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaften haben.

D. Red.